

## Genehmigte Wohnungen im Bundesgebiet 1953

Land	Wohnungen	vH	Wohnungen je 10 000 der Bevölkerung <sup>1)</sup>
Schleswig-Holstein	22 600	4	95
Hamburg	27 400	5	161
Niedersachsen	59 300	10	89
Bremen	10 800	2	179
Nordrhein-Westfalen	193 900	34	138
Hessen	51 300	9	115
Rheinland-Pfalz	31 300	6	98
Baden-Württemberg	87 600	15	129
Bayern	85 800	15	94
Bundesgebiet	570 000	100	116

<sup>1)</sup> Bevölkerungsstand in der Mitte des Jahres.

## Anteil an den Baugenehmigungen des Bundesgebietes

Zur Abrundung des gebotenen Überblickes wird nebenstehend noch eine kurze Übersicht über die im Jahr 1953 innerhalb des Bundesgebietes genehmigten Wohnungen gegeben. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes wurden im gesamten Bundesgebiet 570 000 Wohnungen genehmigt, woran das Land Baden-Württemberg mit 15 vH beteiligt ist.

Damit steht Baden-Württemberg an zweiter Stelle nach Nordrhein-Westfalen. Bezogen auf 10 000 der Bevölkerung liegt die Bautätigkeit in Baden-Württemberg, soweit es sich um die Zahl der erteilten Baugenehmigungen handelt, über dem Bundesdurchschnitt und wird nur übertroffen durch die des Landes Nordrhein-Westfalen und die der Städte Hamburg und Bremen. **K a e s e r**

## PREISE, LÖHNE UND SOZIALE SICHERUNG

## Die Arbeitsverdienste in der Industrie im Februar 1954

### Die durchschnittlichen Bruttoverdienste, aufgegliedert nach Arbeitergruppen, in Baden-Württemberg

Arbeitergruppe	Bruttostundenverdienste				Bruttowochenverdienste			
	in DM		Indexziffer <sup>1)</sup>		in DM		Indexziffer <sup>1)</sup>	
	Nov. 53	Febr. 54	Nov. 53	Febr. 54	Nov. 53	Febr. 54	Nov. 53	Febr. 54
Männliche Facharbeiter	1,93	1,93	196,0	195,6	96,27	93,07	194,9	188,1
Männl. angelernte Arbeiter	1,79	1,79	207,1	205,9	88,04	85,36	205,9	198,7
Männliche Hilfsarbeiter	1,47	1,46	213,0	212,1	72,52	68,81	218,5	207,8
Alle männlichen Arbeiter	1,78	1,78	202,7	201,9	88,47	85,54	202,4	194,7
Weibliche Fach- und angelernte Arbeiter	1,19	1,20	223,7	224,4	55,25	52,95	221,4	212,3
Weibliche Hilfsarbeiter	1,06	1,07	222,8	223,9	50,87	50,10	227,8	222,6
Alle weiblichen Arbeiter	1,15	1,15	224,0 <sup>2)</sup>	224,7 <sup>2)</sup>	53,77	51,98	224,0	215,9
Alle Arbeiter	1,58	1,57	205,7	204,9	76,90	73,47	205,7	197,5

<sup>1)</sup> Basis: September 1938 = 100. — <sup>2)</sup> Die Tatsache, daß die Indexziffer für „Alle weiblichen Arbeiter“ nicht zwischen der Indexziffer für „Weibliche Fach- und angelernte Arbeiter“ und der für „Weibliche Hilfsarbeiter“ liegt, ist durch die anzuwendende Verkettungsmethode bedingt.

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst aller Arbeiter in der Gesamtindustrie Baden-Württembergs ist von November 1953 bis Februar 1954 um 1 Pf zurückgegangen. Innerhalb der einzelnen Arbeitergruppen war nur bei den männlichen Hilfsarbeitern ein entsprechender Rückgang zu verzeichnen; hingegen blieben die Durchschnittsverdienste der männlichen Facharbeiter und angelernten Arbeiter unverändert, während bei den weiblichen Arbeitergruppen sogar jeweils ein Anstieg um 1 Pf festgestellt wurde.

Für alle männlichen Arbeiter und für alle weiblichen Arbeiter, sofern sie gesondert betrachtet werden, sind die Bruttostundenverdienste gleich geblieben. Daß dennoch für männliche und weibliche Arbeiter insgesamt ein Rückgang zu verzeichnen war, erklärt sich daraus, daß bei der Februar-Erhebung der Anteil der erfaßten männlichen Arbeiter infolge des durch die ungünstige Witterung bedingten Ausfalls eines großen Teils der Arbeiter im Baugewerbe etwas niedriger als im Monat November lag. Die Entwicklung der Indexziffern, bei deren Berechnung strukturelle Verschiebungen weitgehend ausgeschaltet werden, gibt daher ein etwas übersichtlicheres Bild:

Arbeitergruppe	Veränderung der Indexziffer der Bruttostundenverdienste Februar 1954 gegen November 1953 in vH	
	Männer	Frauen
Facharbeiter	-0,2	} + 0,3
Angelernte Arbeiter	-0,6	
Hilfsarbeiter	-0,4	
Alle Arbeiter	-0,4	

Für alle männlichen und weiblichen Arbeiter ist die Indexziffer der Bruttostundenverdienste von November 1953 zu Februar 1954 um 0,4 vH zurückgegangen.

Für die meisten der erfaßten Gewerbegruppen waren die Veränderungen der Bruttostundenverdienste nur unbedeutend. In 16 von 24 Gewerbegruppen wurde der Wert von 2 Pf nicht überschritten. Um mehr als 2 Pf erhöhten sich die Bruttostundenverdienste in der Kunststoffverarbeitenden

Industrie (+ 3,9 Pf), im Baugewerbe (+ 2,6 Pf) und in der Eisenschaffenden Industrie (+ 2,3 Pf). Die in der Kunststoffverarbeitenden Industrie festgestellte Erhöhung der Bruttostundenverdienste war zum Teil durch eine Zunahme des Akkordanteils und durch erhöhte Schichtzuschläge bedingt. Im Baugewerbe dürfte die Erhöhung der Stundenverdienste daraus resultieren, daß wegen der geringen Bautätigkeit im Februar 1954 ein höherer Anteil an Stammarbeitern erfaßt wurde. Schließlich führten höhere Prämienzuschläge in der Eisenschaffenden Industrie im wesentlichen zu dem Anstieg des Bruttostundenverdienstes.

Der Abschluß neuer Lohn tariffverträge wirkte sich bei der Lohnerhebung im Februar 1954 kaum aus. Zum Teil waren der fachliche und der regionale Geltungsbereich so weit eingeschränkt, daß ein Einfluß auf die Verdienste in einzelnen Gewerbegruppen nur schwach zu erkennen ist. Für das ganze Land Baden-Württemberg wurden neue Tarifabkommen für die Schmuckwaren-, Taschen- und Armbanduhrenindustrie und für die Nahrungsmittel-, Suppen- und Kaffeemittelindustrie abgeschlossen.

Relativ starke Rückgänge der Bruttostundenverdienste waren in der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie (- 3,7 Pf), im Flachdruckgewerbe (- 3,1 Pf), in der Glasindustrie (- 3,1 Pf), in der Papiererzeugenden Industrie (- 2,4 Pf) und im Buchdruckgewerbe (- 2,3 Pf) zu verzeichnen. Diese Rückgänge in den Effektivverdiensten waren zum Teil durch eine Abnahme der Akkordanteile, zum Teil durch eine Abnahme der zuschlagspflichtigen Überstunden bedingt.

Gegenüber November 1953 ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Gesamtindustrie um 1,8 Stunden (3,7 vH) zurückgegangen. Der Rückgang der Wochenarbeitszeit war bei den männlichen Hilfsarbeitern mit 2,1 Stunden (-4,8 vH) am größten, bei den weiblichen Hilfsarbeitern mit 1,3 Stunden (-2,7 vH) am niedrigsten.

Innerhalb der einzelnen Gewerbegruppen war im Baugewerbe mit -12,3 Stunden (-25,4 vH) wegen der ungünstigen Witterung der größte Rückgang zu verzeichnen. Aber auch bei anderen Gewerbegruppen wurden zum Teil erheblich niedrigere Wochenarbeitszeiten als im November 1953 festgestellt, und zwar in der Lederverarbeitenden Industrie (-4,7 Std.), in der Gewerbe-  
gruppe „Bautischlerei und Möbelherstellung“ (-4,4 Std.) und in der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie (-3,3 Std.). Um 2 bis 3 Stunden niedrigere Wochenarbeitszeiten wurden für die Papierverarbeitende Industrie, für das Buchdruckgewerbe, für die Textilindustrie und für das Bekleidungsgewerbe gemeldet. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß in einigen Gewerbegruppen die Arbeitsstundenzahl im Monat November – zum Teil durch das Weihnachtsgeschäft bedingt – verhältnismäßig groß war.

Die Abnahme der Wochenarbeitszeit und der Rückgang des Bruttostundenverdienstes hatte zur Folge, daß auch der Bruttowochenverdienst in der Gesamtindustrie zurückging, und zwar um 3,43 DM; das sind 4,5 vH. Während der Rückgang für die männlichen Hilfsarbeiter 3,71 DM betrug, lag der entsprechende Wert für die weiblichen Hilfsarbeiter bei 0,77 DM.

Auch in der Entwicklung der für die einzelnen Gewerbegruppen ausgewiesenen Bruttowochenverdienste spiegeln sich die Veränderungen der Bruttostundenver-

dienste und der Wochenarbeitszeiten wider. In der nachfolgenden Tabelle sind die Bruttowochenverdienste der Gewerbegruppen im November 1953 und im Februar 1954 dargestellt, sofern die Erhöhungen größer als 2 vH und die Rückgänge größer als 3,5 vH waren.

Gewerbegruppe	Bruttowochenverdienst		Veränd. d.Brutto- stunden- verdienst. Febr. 54 gegen Nov. 53 in vH	Veränd. der Wo- chenar- beitszeit Febr. 54 gegen Nov. 53 in vH	
	in DM				
	No- vember 1953	Fe- bruar 1954			
Kunststoffverarb. Ind. . .	71.63	73.89	+ 3,2	+ 2,6	+ 0,4
Eisenschaffende Industrie	90.55	92.39	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,6
Ind. der Steine u. Erden	82.55	79.68	- 3,5	+ 0,2	- 3,7
Sägeindustrie . . . . .	64.63	62.17	- 3,8	-	- 3,7
Flachdruckgewerbe . . . .	100.52	96.74	- 3,8	- 1,7	- 2,0
Textilindustrie . . . . .	60.24	57.89	- 3,9	+ 0,4	- 4,2
Papierverarbeitende Ind.	66.28	63.58	- 4,1	+ 1,1	- 5,1
Buchdruckgewerbe . . . .	95.22	89.83	- 5,7	- 1,3	- 4,3
Glasindustrie . . . . .	77.07	72.58	- 5,8	- 2,0	- 3,8
Lederverarbeitende Ind.	62.39	56.90	- 8,8	+ 1,0	- 9,5
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie . .	69.07	62.80	- 9,1	- 2,7	- 6,6
Bautischlerei und Möbel- herstellung . . . . .	74.33	67.45	- 9,3	- 0,6	- 8,5
Baugewerbe . . . . .	85.12	64.51	-24,2	+ 1,5	-25,4

Während das Ansteigen der Bruttowochenverdienste im wesentlichen auf Erhöhungen der Bruttostundenverdienste zurückzuführen ist, liegt der Grund für die Abnahme der Bruttowochenverdienste hauptsächlich in den Rückgängen der Wochenarbeitszeiten. Nur im Flachdruckgewerbe, in der Glasindustrie und in der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie kommt auch den Rückgängen der Bruttostundenverdienste eine größere Bedeutung zu.

Schneider

## STEUER-, FINANZ- UND GELDWESSEN

### Die Realsteuerhebesätze der baden-württembergischen Gemeinden im Rechnungsjahr 1952

Das in den Realsteuergesetzen vom 1. Dezember 1936<sup>1)</sup> verankerte Recht der Gemeinden, die Hebesätze für die Realsteuern entsprechend dem Steuerbedarf jährlich neu festzulegen – mit der landesrechtlichen Einschränkung, daß die Festsetzung eines Realsteuerhebesatzes der Genehmigung bzw. Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedarf, sofern bestimmte Sätze überschritten werden<sup>2)</sup> –, hat naturgemäß eine örtlich bedingte Unterschiedlichkeit im Ausnützungsgrad der Steuern zur Folge. Zur Beurteilung dieser Steueranspannung und ihrer Entwicklung, aus der wertvolle Schlüsse auf die finanzielle Lage der Gemeinden gezogen werden können, ist eine laufende Beobachtung notwendig. Die in Form von Streuungsübersichten dargestellten Hebesätze der Gemeinden liegen nunmehr für die vier Rechnungsjahre 1949 bis 1952 vollständig vor<sup>3)</sup>.

Unter dem Hebesatz ist der von der Gemeinde alljährlich neu festzusetzende Hundertsatz zu verstehen, aus dessen Anwendung auf den Steuermeßbetrag sich die jährliche Steuer-

schuld ergibt. Die Ermittlung der Steuermeßbeträge ist in den Realsteuergesetzen geregelt. Den Steuermeßbeträgen liegen Steuermeßzahlen zugrunde, die nach bestimmten Sätzen angewandt werden, nämlich in vom Tausend des Einheitswertes und des Gewerkekaptals und in vom Hundert des Gewerbeertrags. In der Nachkriegszeit wurden jedoch, da die Steuermeßbetragsverzeichnisse noch nicht gleich weit fortgeschrieben waren, für die Berechnung der zu Vergleichszwecken dienenden gewogenen Durchschnittshebesätze nicht die Meßbeträge, sondern die sogenannten Grundbeträge verwendet. Um den Grundbetrag zu erhalten, wird das Steuer-Istaufkommen jeder einzelnen Gemeinde und jeder einzelnen Steuerart (Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer) mittels des Hebesatzes der betreffenden Gemeinde auf ein Aufkommen bei einem Hebesatz von 100 vH zurückgerechnet. Beim Steuer-Istaufkommen werden die kassenmäßigen Steuereinnahmen des jeweiligen Rechnungsjahres (1. April bis 31. März), die aus den Übersichten der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen entnommen werden, zugrunde gelegt, und zwar die Grundsteuern ohne Grundsteuerbeteiligungsbeträge bzw. Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten und die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital einschließlich Zweigstellensteuer, jedoch ohne Gewerbesteuerausgleichszuschüsse. Zur Ermittlung des gewogenen Durchschnittshebesatzes wird dann jeweils für die einzelnen Steuerarten die Summe der Istaufkommen durch die Summe der Grundbeträge dividiert, und zwar je nach Bedarf für Größenklasse, Gemeindegruppe, Landkreis, Regierungsbezirk, Land. Bei dieser Methode muß in Kauf genommen werden, daß besonders bei der Gewerbesteuer

<sup>1)</sup> RGBl. I S. 979 ff.

<sup>2)</sup> VO Nr. 1122 der Landesregierung Württemberg-Baden über die Genehmigung der Realsteuerhebesätze vom 23. April 1952 (Reg.-Bl. S. 50); Runderlaß des Badischen Ministeriums des Innern vom 3. Oktober 1951 (Badisches Ministerialblatt S. 341); Erlaß des Regierungspräsidiums Südwürttemberg-Hohenzollern vom 12. August 1953 Nr. 1 B 1 – 2241 (Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 1953 Nr. 65).

<sup>3)</sup> Diese werden demnächst in den „Statistischen Berichten aus Baden-Württemberg“, Reihe: Vierteljährliche Gemeindefinanzstatistik Nr. VII – RSt – 1952, veröffentlicht.